



DEMO GEGEN ISRAEL

Rund 3000 Menschen haben sich Samstagmittag zu einer friedlichen Protestkundgebung in Bregenz eingefunden. Islamische Gemeinschaften hatten zu einer Demonstration unter dem Motto „Stopp dem israelischen Staatsterror“ aufgerufen. Wie die Sicherheitsdirektion mitteilte, kam es bei der zweieinhalb Stunden dauernden Protestaktion zu keinen Zwischenfällen. Um 16 Uhr startete die vom Rat der islamischen Gemeinschaften in Vorarlberg organisierte Kundgebung vor der Bezirkshauptmannschaft Bregenz.

FOTO: VN/STEURER

GASTKOMMENTAR

Arnulf Häfele



Herr Karl und die Briefwahl

Warum gerät in Österreich so vieles zur Karikatur, was in anderen Ländern ernsthaft gelöst wird? Nehmen wir das einfache Beispiel der Briefwahl. Bei unseren Nachbarn in Deutschland wurde sie schon zur Bundestagswahl 1957 eingeführt. Alle Stimmen aus der Briefwahl, die bis zum Wahltag einlangen, werden dort berücksichtigt. Dann ist Schluss. Die österreichischen Abgeordneten zum Nationalrat haben im Jahre 2007 ebenfalls die Briefwahl eingeführt. Aber eben die österreichische Art. Im § 60 der Nationalratswahlordnung heißt es, der Briefwähler müsse durch eigenhändige Unterschrift eidesstattlich erklären, dass er den amtlichen Stimmzettel vor Schließen des letzten Wahllokals ausgefüllt habe. Schön wär's. Und dann muss er aber seine Stimme nur so rechtzeitig an die Bezirkswahlbehörde übermitteln, dass sie dort „spätestens am achten Tag nach dem Wahltag bis 14.00 Uhr einlangt.“ Der Briefwähler kann also den Ausgang der Wahl abwarten. Er hört sich die gescheiterten Kommentare an. Und dann bequemt er sich langsam, seinen eigenen Stimmzettel für die geschlagene Wahl auszufüllen. Der muss ja erst acht Tage nach der Wahl bei der Bezirkswahlbehörde einlangen.

Auf diese Weise gelingt es dem Briefwähler auf österreichische Art, immer auf der Seite der Gewinner zu stehen. Er kann auch nach dem Vorliegen des vorläufigen Wahlergebnisses noch immer wählen. Eben taktisch wählen. Dem legendären „Herrn Karl“ tüt das auch gefallen. Schließlich hat ja dieser österreichische Opportunist über die erste Republik sinniert: „Eine unruhige Zeit. Man hat nie gewusst, welche Partei die stärkere ist. Man hat sich nie entscheiden können, wo man eintritt.“ Aber die Formulierungen über die Briefwahl sind keine Ergüsse aus dem Munde eines Helmut Qualtinger, sondern Gesetzestexte, die österreichische Abgeordnete 2007 im angeblichen Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte beschlossen haben.

Im Amerika des 19. Jahrhunderts zog nach der Wahl die siegreiche Partei mit einem Musikerwagen, dem so genannten „bandwagon“, durch die Landschaft. Und die Anhänger hüpfen auf den Wagen mit der Musikband. Am Schluss scharren sich mehr angebliche Wähler um den „bandwagon“, als die siegreiche Partei Stimmen hatte. So entstand der Begriff des Bandwagon-Effektes. In Österreich machen es die Abgeordneten den Mitläufern leichter. Sie geben ihnen per Gesetz eine Nachfrist von acht Tagen für die Wahl nach der Wahl. Besonders peinlich müsste diese Regelung eigentlich dem derzeitigen roten Nationalrat aus Vorarlberg sein.

Beim Landesparteitag der Vorarlberger SPÖ hat er noch gegen die Einführung einer normalen Briefwahl gestimmt. Als Nationalrat in Wien hat er dann aber gleich sein Händchen für die überbordende Briefwahl mit einer Acht-Tage-Frist über den Wahltag hinaus gehoben. Auch das ist österreichisch: Die taktischen Spielchen zur Erringung eines Mandates machen oft müde. Da hat man keine Kraft mehr, anschließend auch noch die nötigsten Gesetzesvorlagen zu lesen. Aber wir wissen nun, warum so viele ernsthafte Anliegen in Österreich zur Karikatur werden. Dem Herrn Karl tüt's gefallen.

arnulf.haeefe@vn.vorarl.at

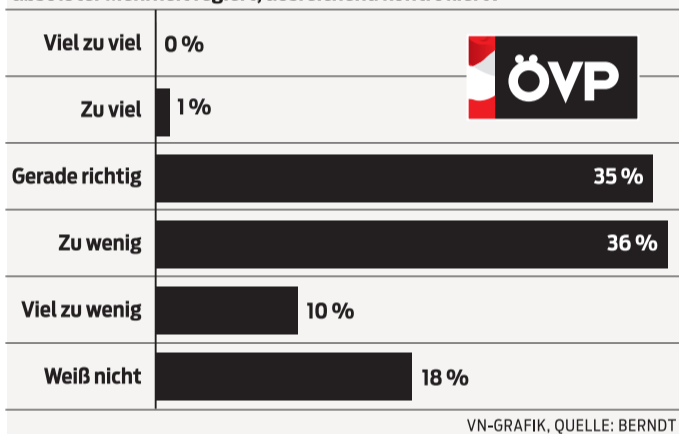
Die VN geben Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äußern. Sie muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Ruf nach mehr Kontrolle

Fast jeder zweite Vorarlberger sagt: Die ÖVP wird im Land und in den Gemeinden zu wenig kontrolliert.

KONTROLLE DER ÖVP IN VORARLBERG

Wird die ÖVP, die im Land Vorarlberg und in vielen Gemeinden mit absoluter Mehrheit regiert, ausreichend kontrolliert?



VN-GRAFIK, QUELLE: BERNDT

KONTROLLE. Wird die ÖVP, die im Land Vorarlberg und in vielen Gemeinden mit absoluter Mehrheit regiert, in den Augen der Vorarlberger eigentlich ausreichend kontrolliert? Meinungsforscher Edwin Berndt untersuchte im Rahmen der großen VN-Umfrage auch diesen politisch sensiblen Aspekt. Sein Fazit: „Weil man gerade der Politik größtes Misstrauen entgegenbringt, gilt der Grundsatz umso mehr - wonach Vertrauen zwar gut, Kontrolle

aber umso besser ist.“ Und das drückt sich in den Umfragewerten aus: Für 46 Prozent

der insgesamt 502 befragten Vorarlberger Haushalte wird die ÖVP in Summe „zu wenig“ oder „viel zu wenig“ kontrolliert. 35 Prozent der Befragten sagen, das Ausmaß der Kontrolle sei „gerade richtig“. Und nur ein Prozent aller befragten Vorarlberger ist der Ansicht, die Volkspartei werde „zu viel“ kontrolliert.

Die einzelnen Kritiker
Die statistischen Teilgruppen zeigen, dass Männer mehr Kontrolle fordern: 52 Prozent aller befragten Männer sagen, die Kontrolle der ÖVP sei zu wenig; während nur 40

„Nur ein Prozent ist der Ansicht, die VP werde zu viel kontrolliert.“

EDWIN BERNDT, MEINUNGSFORSCHER



Prozent der befragten Frauen ebenfalls dieser Ansicht sind. Kritisch sind auch in dieser Untersuchungseinheit die unter 29-Jährigen: Hier sagt jeder Zweite, die ÖVP werde in Summe „zu wenig“ oder „viel zu wenig“ kontrolliert, während dies in der Gruppe der über 60-Jährigen nur 38 Prozent sind. Angehörige der Oberschicht (61 Prozent) wollen mehr Kontrolle der ÖVP als Angehörige der Unterschicht (36 Prozent), berichtet der Meinungsforscher.

Klar nach Parteipräferenzen
Geordnet nach Parteipräferenzen fällt auf, dass selbst-deklarierte Sympathisanten der Opposition stärker nach Kontrolle rufen als Anhänger der ÖVP. Ein Beispiel: FPÖ-Wähler sagen zu 68 Prozent, es werde zu wenig kontrolliert, während nur jeder dritte Volkspartei-Wähler dieser Auffassung ist.

VN-AD

Beste Noten laut Umfrage für den Landesrechnungshof

PRÜFUNG. Landesrechnungshof, Landesvolksanwalt oder eine der drei Oppositionsparteien: Wer übt im Land die beste Kontrolle aus? Laut Meinungsforscher Edwin Berndt liegt der Landesrechnungshof in dieser Kategorie an der Spitze: 54 Prozent der

Befragten sagen, der Landesrechnungshof übe seine Kontrolltätigkeit „sehr gut“ oder „gut“ aus. 47 Prozent bescheinigen dies dem Landesvolksanwalt, 34 Prozent den Grünen, 28 Prozent den Sozialdemokraten und 27 Prozent den Blauen.

Rauch: „Umwelt zieht den Kürzeren“

Grünen-Chef Rauch mit heftiger Kritik an Vorarlbergs Umweltschutzpolitik.

UMWELTSCHUTZ. Eine eigene Vorarlberg-Bilanz anlässlich des Weltumwelttags zog Grünen-Chef Johannes Rauch - eine Bilanz, die äußerst kritisch ausfiel. Denn Vorarlberg, das ehemalige Umweltmusterland, sei mittlerweile nur noch ein Wirtschaftswunderland: „Immer wenn Entscheidungen zwischen Wirtschaftsinteressen und Umweltinteressen anstehen, zieht die Umwelt den Kürzeren.“ Rauchs drastische Warnung: „Vorarlberg ist im Begriff, scheinbar sein größtes und wichtigstes Kapital für die Zukunft zu verspielen - intakte Natur- und Landschaftsräume, langfristig sichere Schutzwälder und eine überlebensfähige Land-

wirtschaft.“ Die Forderung: „Vorarlberg braucht einen neuen Anlauf in Sachen Natur- und Landschaftsschutz.“

1 Bodenverbrauch: Laut Rauch werden im Ländle im Schnitt täglich drei Grundstücke zu 500 Quadratmeter in Bauplätze umgewidmet. Reche man Straßen, Plätze und Verkehrsflächen mit dazu, seien dies bereits 1000 Quadratmeter. „Der Bodenverbrauch“, kritisierte Rauch, „geht ungebremsst weiter“. Es sei beispielsweise nicht gelungen, die Zersiedelung einzudämmen: „Auch wird die Landesgrünzone scheinbar demontiert.“

2 Natur und Landschaft: Den Grünen zufolge ist die Initiative „Respektiere deine Grenzen“ lediglich ein Lippenbekenntnis - würden doch kurzfristige Interessen

„Vorarlberg ist im Begriff, sein größtes Kapital zu verspielen.“

JOHANNES RAUCH, GRÜNEN-CHEF



den Umgang mit der Natur und Landschaft dominieren. Rauch: „Die Zunahme von Zweitwohnungen und Ferienwohnanlagen uferf aus, Skilifte und Skipisten werde in neue, sensible Gebiete gebaut.“ Auch scheine „der Hunger nach Golfplätzen unstillbar“. Und: „Im Rheindelta wird mitten im Naturschutzgebiet der Ausbau eines Luxushafens in Angriff genommen.“

3 Landwirtschaft: Sie ist laut Rauch „am Holzweg“, gelte doch nach wie vor

das Motto: „Höher, schneller, weiter.“ Der Klubchef der Grünen nannte entsprechende Zahlen: „Von 1997 bis 2007 stieg die durchschnittliche Jahresmilchleistung um 25 Prozent - dafür erleben 80 Prozent der Kühe ihre dritte Milchabgabe nicht mehr und erkranken häufiger.“ Die intensive Verwendung von Antibiotika und von Düngemitteln finde sich in den Böden wieder. Und: „Demgegenüber leidet die kleine Berglandwirtschaft Not, weil sich niemand mehr die Arbeit antun will.“ Auch in Vorarlbergs Wäldern orten die Grünen Bedenklisches: „Die Weißtanne etwa ist in manchen Gebieten vom Aussterben bedroht.“ Und die Schutzwälder seien großteils nicht mehr in der Lage, sich selbst zu erhalten, „weil der Wildbestand so hoch ist, dass keine Naturverjüngung mehr stattfinden kann“.

VN-AD

Kritik der Grünen an der Direktorenbesetzung

BREGENZ. Die Grünen Vorarlberg haben sich erneut in einem offenen Brief an Schullandesrat Siegi Stemer gewandt. „Wir gewinnen immer mehr den Eindruck, dass die Besetzung von leitenden Funktionen an Vorarlbergs Schulen nicht in erster Linie nach fachlichen Kriterien erfolgt, sondern ziemlich willkürlich“, meint die Grüne Bildungssprecherin Katharina Wiesflecker. Besonders irritiert hätten die Grünen die Bestellung der Direktorenstelle an der Volksschule Weidach in Bregenz beobachtet. Bewerberinnen hätten etwa erzählt, dass sie bereits im Zuge der einfachen Bewerbung vom Bezirksschulinspektor Wolfgang

Rothmund mit der Aussage konfrontiert worden seien, „sie müssten sich gar nicht erst bewerben, das hätte sowieso keinen Sinn“, heißt es in dem Brief.

Verfahren prüfen

Aus Sicht der Grünen erfordert die Volksschule Weidach mit angegliederten Sonderschulklassen ganz besondere Qualifikationen. Diese bringe Birgit Sieber-Mayr als einzige Kandidatin mit. In dem Brief fordert Wiesflecker Landesrat Stemer auf, sich von neutraler Seite das Verfahren schildern zu lassen und die fachlichen Qualifikationen und die Integrität von Birgit Sieber-Mayr nochmals persönlich zu prüfen.